

Kindergarten-Regierungspläne: Mehr Geld, Plätze und Personal



23.01.2020 14:24 (Akt. 23.01.2020 14:30)

Ziel: "Stärkung der elementaren Bildung" ©APA (dpa)

Eine "Stärkung der elementaren Bildung" hat sich die türkis-grüne Koalition in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024 vorgenommen. Konkret soll es für Kindergärten und Krippen mehr Geld, Plätze und Personal sowie neue Mindeststandards geben. Was die Elementarpädagogik aus Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen braucht, ist Thema beim "Tag der Elementarbildung" am Freitag.

Bis 2022/23 sollen laut Regierungsprogramm bundesweit einheitliche Qualitätsmindeststandards zwischen Bund und Ländern vereinbart werden, für Qualitätssicherung soll es einheitliche Kriterien geben. Zusätzlich geplant ist - wie schon unter den Vorgängerregierungen - ein verpflichtender Bildungs- und Betreuungsrahmenplan. Dazu soll ein neuer Beirat mit Ländern, Gemeinden und Experten eingerichtet werden.

Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) betonte die Rolle der Kindergärten als erste Bildungseinrichtung. Die Regierung wolle diese durch diverse Reformen stärken: "In ganz Österreich sollen Kindergärten zu ausgezeichneten Bildungseinrichtungen werden, sodass der Grundstein für die weitere Bildungslaufbahn der Kinder gelegt ist."

Die Regierung will sich außerdem für eine Bund-Länder-Vereinbarung für einen "möglichst flächendeckenden, qualitätsvollen" Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen einsetzen, um die Barcelona-Ziele der EU zu erreichen (Angebot für mindestens 33 Prozent für Kinder unter drei und 90 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen). Derzeit besuchen in Österreich 26,5 Prozent der Kinder unter drei und 93,7 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen eine Krippe bzw. einen Kindergarten.

Beim Ausbau soll außerdem der "Vereinbarkeitsindikator Familie & Beruf" (VIF) berücksichtigt werden. Dafür müssen Krippen und Kindergärten mindestens 45 Stunden die Woche bzw. pro Tag mindestens 9,5 Stunden an mindestens vier Wochentagen offen sein, und das an mindestens 47 Wochen im Jahr. Schon in der laufenden 15a-Vereinbarung ist festgehalten, dass das Angebot mit einer Vollbeschäftigung der Eltern vereinbar sein sollte. Derzeit hat allerdings knapp die Hälfte der Einrichtungen mehr als fünf Wochen pro Jahr zu, 30 Prozent sind weniger als acht Stunden am Tag geöffnet.

Um einen raschen Ausbau und gleichzeitig bessere Betreuungsverhältnisse zu ermöglichen, ist eine Ausbildungsinitiative geplant, wobei man vor allem auf die Kollegs setzen will. Bei der Ausbildung soll auch an der Struktur geschraubt werden: Für Leitungsfunktionen soll es einen Bachelor an den Pädagogischen Hochschulen (PH) geben, die wenigen bereits verfügbaren Plätze sind stark überbucht.

"In weiterer Folge" soll die Ausbildung auf post-sekundärem Niveau (Kollegs) und tertiärem Niveau (Hochschule) ausgebaut werden. Derzeit werden drei Viertel der Kindergartenpädagoginnen - weniger als fünf Prozent sind Männer - an den höheren Schulen an den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik (Bafep) ausgebildet. Allerdings ergreift nur ein kleiner Teil danach tatsächlich den Beruf bzw. bleibt auch dort.

Die Bafeps, an denen neben den BHS vielfach auch Fachschulen und Kollegs angesiedelt sind, sollen erhalten, aber strategisch weiterentwickelt werden. Geplant ist außerdem eine Evaluation der Kollegs, für die man sich nach der Matura entscheidet und von denen nahezu alle Absolventen in die Praxis gehen, sowie mehr Möglichkeiten für Quereinsteiger und eine einheitliche Ausbildung für Tageseltern.

Verbesserungen sind außerdem für den Übergang vom Kindergarten zur Schule geplant. So soll datenschutzrechtlich geprüft werden, ob Informationen über den Entwicklungsstand der Kindergartenkinder (Bildungsdokumentation) für einen besseren Einstieg an die Volksschulen weitergegeben werden können. Außerdem sollen sich Kindergartenpädagoginnen und Volksschullehrerinnen fachlich mehr austauschen und gemeinsame Fort- und Weiterbildung besuchen. Auch mehr Vielfalt (Erhöhung des Anteils von Männern und Menschen mit Behinderungen) stehen im Programm.

"Mittelfristig" soll es ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr geben, heißt es auch im Regierungsprogramm unter dem Punkt "Familien stärken". Ob es nur für alle Vierjährigen oder nur jene mit Deutsch-Problemen kommen soll, wird nicht ausgeführt.

(APA)